Nr. 13a
XXXI. Jahrgang

Berliner Tageblatt

Berlin
9. Januar 1903

Parlaments-Ausgabe

Herrenhaus.

1. Sitzung vom 8. Januar, 8 Uhr.

Am Ministertisch: Möller, v. Podbielski, Freiherr v. Rheinbaben, Freiherr v. Hammerstein, Schönstedt.

Vizepräsident Freiherr **v. Manteuffel** eröffnet in Vertretung des wegen Krankheit am Erscheinen verhinderten Fürsten zu Wied die Sitzung mit folgender Mittheilung:

Meine Herren! Seit unserem letzten Zusammensein hat ein tief schmerzliches Ereigniß tiefe Trauer über Seine Majestät, über das ganze königliche Haus und über das in treuer Liebe unserem erlauchten Herrscherhause zugethane Vaterland gebracht. Das lange, schwere Leiden Ihrer Majestät der Kaiserin Friedrich endete am 5. August ein sanfter Tod. Zum Abschluß kam damit ein Leben, welches jederzeit allem Edlen zugänglich war, welches unermüdlich war in der Anregung und Förderung von Werken christlicher Liebe, wie namentlich auch auf dem Gebiete der Kunst und Wissenschaft. Aber nicht nur dieser hohen Vorzüge wegen wird das Andenken dieser erlauchten Herrscherin im Volke fortleben, unvergänglich wird auch sein das Andenken der in Freude und Leid treuen Lebensgefährtin des Kaisers Friedrich, das Andenken der liebevollen Mutter unseres geliebten Kaisers. Unser Präsident, welcher persönlich sich an der Beisetzung betheiligt hat, hat Se. Majestät dem Kaiser und König von den Gefühlen der Trauer und Theilnahme Namens des Herrenhauses Ausdruck gegeben. Darauf ist folgende Erwiederung eingegangen:

„Ew. Durchlaucht danke ich herzlich für den warmen Ausdruck der Theilnahme, welchen Sie mir im Namen des Herrenhauses anläßlich meines unersetzlichen Verlustes kund gegeben haben. Ich bitte Sie, auch den Mitgliedern des Herrenhauses meinen Dank zu übermitteln. Wilhelm, I. R."

Aber nicht nur in den Tagen der Trauer fühlen wir uns eins mit unserem König. Wir schauen auch auf ihn als Vorbild treuester Pflichterfüllung und unermüdlicher Arbeitsbethätigung, wenn wir unsere Arbeiten beginnen, und deshalb beginnen wir unsere Arbeiten mit dem Ruf: Seine Majestät, der Kaiser, unser geliebter König und Herr, er lebe hoch! (Die Mitglieder stimmen dreimal in das Hoch ein.)

Zu provisorischen Schriftführern beruft der Präsident die Herren v. Kitzing, Graf Hutten-Czapski, Frhr. zu Salm-Horstmar und Graf Seydlitz-Sandreczki.

Nach Verlesung der neu berufenen Mitglieder erfolgt der Namensaufruf. Es sind 143 Mitglieder anwesend, das Haus ist also beschlußfähig.

Es wird zur Wahl des Präsidiums geschritten. Auf Vorschlag des Herzogs v. Ratibor werden die bisherigen Präsidenten und Vizepräsidenten Fürst zu Wied, Frhr. v. Manteuffel und Oberbürgermeister Becker-Köln durch Zuruf wiedergewählt. Die beiden Letztgenannten nehmen die Wahl an; Fürst zu Wied soll von dem Ergebniß in Kenntniß gesetzt und ihm gleichzeitig Genesung und baldige vollkommene Wiederherstellung gewünscht werden.

Zu Schriftführern werden auf Vorschlag des Herzogs von Ratibor durch Zuruf gewählt die Herren v. Seydlitz-Sandreczki, Graf Hutten-Czapski, v. Arnim-Boitzenburg, Büchtemann, Dr. Giese, v. Kitzing, Graf v. Reichenbach und Freiherr zu Salm-Horstmar.

Vizepräsident Frhr. **v. Manteuffel** theilt mit, daß er dem Kaiser zum Jahreswechsel die Glückwünsche des Hauses dargebracht habe. Dieser habe ihm dafür Dank ausgesprochen und ihn beauftragt, auch dem Hause seine Glückwünsche zu übermitteln.

Nächste Sitzung: Donnerstag, 1¼ Uhr. (Geschäftliche Mittheilungen, Vereidigung der neu eingetretenen Mitglieder, Wahl von vier Mitgliedern für die Matrikelkommission, Gesetzentwürfe betreffend die Schonzeit für das schottische Moorhuhn, betreffend die Umlegung von Grundstücken in Frankfurt a. M., betreffend eine Ingbordnung für die hohenzollernsche Lande und Interpellation Graf v. Schlieben betreffend die Förderung der Rückkehr von im Osten einheimischen, seinerzeit aus dem Osten nach dem Westen ausgewanderten Familien.)

Schluß 4 Uhr.

Deutscher Reichstag.

112. Sitzung vom 8. Januar, 2 Uhr.

Am Tische des Bundesraths: Graf Posadowsky, Freiherr v. Thielmann, Freiherr v. Richthofen, v. Köller, später Graf Bülow.

Präsident Graf **Ballestrem** eröffnet die Sitzung um 2 Uhr 20 Minuten mit den Worten: Die Sitzung ist eröffnet. Die geehrten Herren Kollegen erlaube ich mir, bei Beginn des neuen Jahres aufs Herzlichste zu begrüßen und den Wunsch auszusprechen, daß das neue Jahr ein glückliches und gesegnetes sei, sowohl für unsere gemeinsamen Arbeiten zum Wohl des Vaterlandes als auch für jeden Einzelnen von uns. (Beifall.) Dies ist mein aufrichtiger Wunsch.

Nach Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten tritt das Haus in die **erste Lesung des Etats.**

Staatssekretär Freiherr **v. Thielmann:**

Meine Herren! Als ich im verflossenen Jahr Ihnen von der Ungunst der Reichsfinanzen sprach, da wurde ich vielfach der Schwarzmalerei beschuldigt. Zu meinem eigenen Bedauern habe ich Recht behalten, und die Verhältnisse haben sich so gestaltet, daß meine Vorhersage nicht allein in Erfüllung gegangen ist, sondern die Verhältnisse haben sich sogar erheblich ungünstiger erwiesen, als wir vor dem einem Jahre vorhersehen konnten. Der Anschauung, der die letzten Jahre des verflossenen Jahrhunderts kennzeichnet, hat nicht allein nachgelassen, er hat einer Depression Platz gemacht, die von sehr störenden Nebenerscheinungen in Form großer Bankerotte bei den wichtigsten Bankinstituten und anderen Unternehmungen begleitet war. Solche Ereignisse können die Reichsfinanzen nicht unberührt lassen. Ehe ich daher auf das nächstliegende Thema des heutigen Tages, den Etat für 1902, eingehe, möchte ich Ihnen mit kurzen Worten ein vergleichendes Bild des letzten Jahrfünfts vorlegen, wie es sich in den Reichsfinanzen darstellt.

In den sechs Jahren, beginnend mit dem Etatsjahre 1895/96 und abschließend mit dem Rechnungsjahre 1900, sind alle Reichseinnahmen ausnahmslos in erfreulichem Steigen begriffen gewesen. Ich werde Ihnen daraus die wichtigsten Zahlen anführen. Zölle, Zuckersteuer, Salzsteuer, Branntweinsteuern aller Art, Brausteuer und Stempelabgaben, die in dem ersten der erwähnten Jahre, nämlich 1895/96, 733 Millionen brachten, haben in dem letzten dieser sechs Jahre, 1900, 896 Millionen gebracht, das ist: eine durchschnittliche jährliche Steigerung von mehr als 32 Millionen. Für das laufende Jahr 1901 erwarten wir aber trotz der stattgehabten Erhöhungen der tarifmäßigen Sätze bei verschiedenen Stempelabgaben aus den genannten Quellen nur eine Gesammteinnahme von 909 Millionen und haben für das kommende Jahr 1902, dessen Etat heute zur Berathung vorliegt, nach den bekannten Durchschnittsberechnungen auch nur 910 Millionen veranschlagen können. Hätte die durchschnittliche jährliche Zunahme von 32 Millionen angedauert, so würden wir nicht 910 Millionen veranschlagen können, sondern 960 Millionen. Dieses ergiebt bereits einen Ausfall von 50 Millionen gegenüber der bisherigen Steigerung. In vielen Beziehungen noch ungünstiger steht es bei anderen Reichseinnahmen. Im meine als solche Post und Telegraphie, Reichsdruckerei, Reichseisenbahnen, Bankwesen und allerhand Verwaltungseinnahmen und Ausgleichsbeträge. Diese haben zwischen 1895 und 1899 — ich betone, daß ich hier das Jahr 1899 als Schlußjahr nehme und nicht 1900, wie vorher, weil bei diesen Einnahmen sich bereits 1900 ein Abfall gezeigt hat, — also in den Jahren 1895 bis 1899 haben die soeben genannten Einnahmequellen geliefert 1895: 75 Millionen, 1899: 107 Millionen; der Abfall hat sich bei ihnen schon 1900 gezeigt: in diesem Jahre haben die Einnahmen nur 81 Millionen betragen. Dieses **unerfreuliche Ergebniß** beruht allerdings zum Theil auf einer vorübergehenden Erscheinung, nämlich den großen Reformen im Postwesen, die dem Reich die erhebliche einmalige Abfindung an die Privatpostanstalten aufgebürdet haben. Aber diese einmalige Abfindung erklärt nur einen Theil des Abfalls, der Rest des Sinkens der Einnahmen ist auf die ungünstigen Wirthschaftsverhältnisse im Allgemeinen zu schreiben. Für 1901 erwarten wir aus den oben genannten Einnahmequellen noch weniger als den Betrag von rund 81 Millionen, den das Jahr 1900 gebracht hatte, nämlich nur 73 Millionen, und für das Jahr 1902 können wir trotz des Wiederaufsteigens der Postreinahmen nach der vorgefälligten Berechnung auch nur 115½ Millionen veranschlagen, und zwar einschließlich des Münzgewinns, der innerhalb der letzten 10 Jahre von der Anleihe abgeschrieben worden war. Hätte die durchschnittliche Steigerung, die sich zwischen 1895 und 1899 gezeigt hat, und die etwa 8 Millionen betrug, weiter angehalten, so hätten wir für 1902 15 Millionen mehr veranschlagen können, als geschehen ist. Wir bleiben also hinter der durchschnittlichen Steigerung der letzten Jahre im kommenden Jahre 1902 im Ganzen um etwa 65 Millionen zurück, nämlich um 50 Millionen aus Steuern und Zöllen und um 15 Millionen aus den übrigen Reichseinnahmen. Hierin, meine Herren, steckt das Defizit. Nun ist ja oft gesagt worden: Das Reich hat kein Defizit; was fehlt, müssen zur Balancirung des Etats die Einzelstaaten in Gestalt von Matrikularbeiträgen zuschießen. Das entspricht theoretisch dem Wortlaut der Verfassung, praktisch können wir gegenwärtig damit nicht leben, denn in den Einzelstaaten, und zwar fast in allen, hat das Nachlassen der wirthschaftlichen Thätigkeit einen ebenso ungünstigen Einfluß auf die Einzelfinanzen gehabt wie im Reich, und der Etat schließt also trotz der 24 Millionen ungedeckter Matrikularbeiträge, die darin stehen, ab mit einem ganz echten Defizit von 35 Millionen, das durch eine Ergänzungsanleihe gedeckt werden soll. Mit finanztechnischen Gründen ist dieses Vorgehen nicht zu rechtfertigen. Ich bin der Erste, der das anerkennt; aber ich bin überzeugt, daß Sie den wirthschaftlichen Gründen, welche zur Aufstellung dieses Etats geführt haben, Ihre Anerkennung nicht werden versagen können, denn es hieße das Reich schädigen, wenn Sie in einem Augenblicke wirthschaftlichen Niedergangs die einzelnen Staaten so scharf anfassen wollten, daß deren eigene Wirthschaft nicht allein geschädigt, sondern **auf das Schwerste** geschädigt würde. Viele dieser Staaten — ich werde Ihnen einige Beispiele nennen — würden, falls der Betrag der ungedeckten Matrikularbeiträge über die im Etat stehende Summe von 24 Millionen gesteigert werden sollte, sich nicht anders helfen können, als Landesanleihen aufzunehmen, um das Reichsdefizit auszufüllen. Das wäre ein ganz ungesunder Zustand.

Es ist von einigen Rednern bei früheren Etats in erster Linie immer auf die sogenannte Ueberschußwirthschaft des verstorbenen preußischen Finanzministers hingewiesen worden. Die Mehrheit dieses Hauses hat sich, glaube ich, diesen Ausführungen des Abg. Richter nicht angeschlossen, aber ich möchte, um für 1902 den Standpunkt Preußens vorweg zu kennzeichnen, daran erinnern, daß in der heutigen Thronrede ausdrücklich betont wurde, daß die preußischen Staatseinnahmen und Ausgaben sich bei dem Anwachsen der Matrikularbeiträge nur durch energische Abstriche an den inneren preußischen Staatsausgaben haben eben balanciren lassen. Von einem Ueberschusse ist da also keine Rede mehr. Daß die bayerische Finanzlage minder gut ist als früher, ist den Herren allgemein bekannt, ebenso, daß das Königreich Sachsen, nun seinen inneren Finanzschwierigkeiten zu begegnen, einen erheblichen Zuschlag zu der Einkommens- und Vermögensteuer zu erheben im Begriff steht. Würden in Sachsen noch erhöhte Matrikularbeiträge hinzukommen, so würden diese Zuschläge noch größer und für das wirthschaftliche Leben Sachsens noch störender werden. In Hessen ist es ähnlich. Aus den Zeitungen werden Sie ersehen haben, daß auch dort Zuschläge zur Vermögenssteuer geplant werden. Am Schlimmsten aber steht es in den kleinen Staaten Thüringens. Diese Staaten haben keinen eigenen Eisenbahnenbesitz, und wenn die größeren Staaten durch die Elastizität, die ihr größeres Eisenbahnwesen ihrem Etat verleiht, über Schwierigkeiten momentan sich hinweghelfen können, so fällt dies bei den kleineren Staaten fort; ihnen bleibt nichts übrig als kräftige Zuschläge zur Einkommen- und Vermögensteuer. Ein ungedeckter Matrikularbeitrag von 10 Millionen an das Reich bedeutet in den meisten der thüringischen Staaten einen Zuschlag von 6 Prozent zur Einkommensteuer; 24 Millionen bedeuten schon 15 Prozent Zuschlag. Wird der Zuschlag aber voraussichtlich im wirthschaftlichen Interesse stärker auf die oberen Klassen als auf die unteren gelegt, so werden die oberen Klassen Zuschläge von 25 Prozent und mehr zu der Einkommensteuer sich gefallen lassen müssen. Dies tritt bereits bei den 24 Millionen ungedeckten Matrikularbeiträge ein, die im Etat stehen, und die Zuschläge würden ganz erheblich verschärft werden müssen, falls der Reichstag, was ich nicht erwarte, beschließen sollte, die Ziffer von 24 Millionen ungedeckter Matrikularbeiträge noch zu erhöhen. Ich will jetzt die einzelnen Einnahmequellen, die ich bisher zusammengefaßt habe, in zwei große Gruppen, die Gruppe der Steuern und Zölle auf der einen, und die Gruppe der sonstigen Einnahmen auf der anderen Seite, im Einzelnen beleuchten. Bei den Zöllen nebst Tabaksteuer, aber ohne die Zölle auf die sind Hauptgetreidearten, deren Veranschlagung bekanntlich auf anderen Durchschnittsziffern beruht, war von 1895 bis 1898 ein regelmäßiges Ansteigen zu verzeichnen. Sie stiegen in diesen Jahren von 291 Millionen auf 360 Millionen. Seit 1899 ist ein Stillstand eingetreten. 1899 und 1900 haben sie rund 373 Millionen geliefert, für 1901 schätzen wir sie auf rund 366 Millionen; für 1901 veranschlagen wir sie nach dem üblichen Durchschnitt wieder auf 373 Millionen. Ein Abfall ist hier nicht zu bemerken, aber das weitere Ansteigen hat bereits seit drei Jahren aufgehört. Anders steht es bei den Getreidezöllen. Die Getreidezölle werden nach deren dreijährigem Durchschnitt berechnet, und der sehr schwankende Ausfall der Ernten giebt natürlich auch ein schwankendes Ergebniß der in den Etat eingesetzten Schätzungen. Es kommen dabei Sprünge vor, die bei den übrigen Zöllen nicht so lebhaft auftreten. Die Getreidezölle haben 1900 135 Millionen geliefert, 1901 werden sie voraussichtlich 135 Millionen liefern, und für 1902 veranschlagen wir sie mit 111 Millionen. Daß diese 111 Millionen eingehen werden, muß bedauerlicherweise als sicher angenommen werden, denn die schlechte Ernte des vorigen Jahres wird selbst dann, wenn die nächste Ernte gut sein sollte, was wir alle hoffen, auf die ersten Monate des neuen Rechnungsjahres noch eine Rückwirkung ausüben.

Die Zuckersteuer hatte längere Jahre stark ansteigende Beträge geliefert. Die Steigerung zwischen 1897 und 1900 betrug im Durchschnitt 13 Millionen; 1901 werden wir etwa 107 Millionen daraus einnehmen, während eine gleiche Steigerung, wie sie in den Vorjahren stattgefunden hatte, uns nicht auf 107 Millionen, sondern auf 136 Millionen gebracht haben würde. 1902 können wir auch nur knapp 115 Millionen einstellen. Nun sagt man, das günstige Ergebniß von 1900 beruhe allein auf den mit der Gründung des Zuckerkartells in Verbindung stehenden starken Versteuerungen in den Monaten Mai und Juni 1900, und es sei natürlich, daß auf so starke Versteuerungen in zwei einzelnen Monaten ein erheblicher Rückschlag folgen müsse. Dieser Umstand ist allerdings theilweise geeignet, die Zuckersteuerschwankungen zu erklären, aber auch nur theilweise, denn es wirken noch erhebliche andere Gründe mit, welche diese Schwankungen beeinflussen. Der Rückschlag hatte bereits im Juli 1900 begonnen, und wenn er nach den starken Versteuerungen des Mai und Juni die einzige Ursache gewesen wäre, dann hätte bereits das Jahr 1900 im wesentlichen unfreundliches Gesicht zeigen müssen. Das war aber nicht der Fall. Das Jahr 1900 hat im Gegentheil 123 Millionen gebracht, ein überaus günstiges Ergebniß. Die Wirkungen dieser starken Vorversteuerung — so möchte ich sie nennen — im Mai und Juni 1900 sind im Gegentheil noch auf das Jahr 1901 übergegangen mit Rücksicht auf die Steuerkredite, und wir werden 1901, im laufenden Jahre, nur 107 Millionen einnehmen, nicht allein infolge der Wirkung dieser Vorversteuerung im Mai und Juni 1900, sondern zugleich wegen der erheblich wachsenden Ausfuhrzuschüsse. Wenn wir die Summe ziehen aus allen Erscheinungen, die sich bei der Zuckersteuer gezeigt haben, so ergiebt sich, daß eine Abnahme des Zuckerverbrauchs auf den Kopf noch nicht nachgewiesen werden kann. Sie ist in der Presse mehrfach behauptet worden, eine genaue Vergleichung aller einschlägigen Ziffern ergiebt aber, daß diese Behauptung gegenwärtig nicht erwiesen ist. Sie mag es in Zukunft werden, zur Zeit ist es noch nicht der Fall. Es ist bei Herren bekannt, daß die internationale Konferenz zur Abschaffung der Zuckerausfuhrprämien, die in Brüssel bereits einige Sitzungen vor Weihnachten abgehalten hatte, im Laufe der nächsten Wochen wieder zusammentritt. Es ist nachgerade Glaubensartikel geworden, daß sämmtliche Zuckerkonferenzen im Sande verlaufen; ich möchte Sie aber bitten, auf die demnächst wieder zusammentretende Konferenz in Brüssel die gleiche Befürchtung nicht anzuwenden. Es macht sich in jedem Jahre bei einem größeren Kreise von Staaten und bei einem jeden dieser Staaten in stärkerer Weise der Nothstand geltend, welcher aus den Zuckerprämien entspringt. In Frankreich sind die Einnahmen aus der Zuckersteuer erheblich zurückgegangen, gerade wegen der hohen Ausfuhrzuschüsse; andere Staaten, wie Italien und Rumänien, haben neuerdings eine eigene, ursprünglich kleinere Industrie größer heranzugezogen und sind gewissermaßen als neue Konsumenten in diesem Wettkampf aufgetreten. Selbst England, das bisher keine Zuckersteuer kannte, hat aus politischen Gründen auf anderem Gebiete eine solche einführen müssen und hat eine Zuckersteuer eingeführt, die für die eigenen Raffinerien mit einer kleinen Prämie bedacht ist. Hoch ist diese Prämie nicht; sie macht sich bei dem scharfen Wettbewerb auf dem internationalen Markt aber immerhin geltend. Also wird das Interesse an einer endlichen Regelung dieser Frage mit jedem Jahre neue Kreise ergreifen, und es ist deshalb nicht daran zu verzweifeln, daß endlich einmal ein Ergebniß erzielt werde. Es kommt dazu, daß nicht allein neue Zuckerländer zu den alten hinzugetreten sind — ich habe vorhin Italien und Rumänien erwähnt —, sondern daß auch in den alten Zuckerländern die Produktion erheblich zunimmt. In Deutschland haben wir zwischen 1896 und 1900 ungefähr 1,8 Millionen Tonnen erzeugt; im Betriebsjahre 1900/1901 kommen wir auf beinahe 2 Millionen Tonnen und werden in der jetzigen Kampagne die Ziffern von 2 Millionen wahrscheinlich überschreiten. Der Staatssekretär bemerkt zum Schluß seiner schwer verständlichen Ausführungen: Trotz der Mindereinnahmen der Post sind die Gehälter der Postassistenten aufgebessert worden. Die Anforderungen an den Invalidenfonds sind durch die Veteranenversorgung enorm gestiegen, der Fonds vermindert sich schnell und wird bald bankerott sein. Das Reich muß in diesem Jahre zum ersten Mal zur Deckung der ordentlichen Ausgaben eine Anleihe begeben, weil die Matrikularbeiträge nicht mehr erhoben werden können.

Abg. Graf **zu Stolberg-Wernigerode** (kons.):

Meine Freunde hatten den Wunsch, daß der Etat noch vor den Weihnachtsferien in erster Lesung berathen werden möge, und wir glauben auch, daß es sehr wohl möglich gewesen wäre, indessen die Mehrheit dieses Hauses war anderer Meinung, und wir befinden uns jetzt in der Nothwendigkeit, den Etat in verhältnißmäßig kurzer Zeit festzustellen. Das wirthschaftliche Leben läuft in Form einer Wellenbewegung; auf einen Berg folgt ein Thal. Das ist immer so gewesen und wird voraussichtlich auch in Zukunft der Fall sein. Aber ich hätte gewünscht, daß diese Wellenberge nicht zu hoch und nicht zu steil, und daß die Wellenthäler dementsprechend auch nicht so stark gewesen wären. Meine Herren! Alle Diejenigen, die auf eine längere Reihe von Jahren zurückblicken, werden bei der jetzigen Krisis unwillkürlich erinnert an die wirthschaftliche Krisis, welche Deutschland durchzumachen hatte im Anfang der siebziger Jahre. Sie werden sich alle entsinnen, daß Deutschland bis 1870 ein verhältnißmäßig armes Land war; nach den glücklich geführten Kriegen trat dann plötzlich eine industrielle und finanzielle Hochfluth ein, die leider sehr bald einen gewaltigen Rückschlag herbeiführte. Damals nahm man ziemlich allgemein an, die unpraktische Verwendung der Milliarden sei der Grund gewesen. Fürst Bismarck war darüber anderer Ansicht. Er hat sich mehrmals darüber geäußert und der Ansicht Ausdruck gegeben, daß durch den Freihandel, der von den 60er Jahren her datirte, der Wohlstand Deutschlands untergraben worden sei. Diese Thatsache hätte durch den Zufluß der Milliarden allerdings eine Zeit lang verschleiert werden können, aber nachdem der Strom der Milliarden sich verlaufen hatte, sei der Rückschlag um so größer geworden. Unsere jetzige Krisis hat mit Milliarden nichts zu thun, sondern ist einfach die Folge einer industriellen Ueberproduktion. Ein industrieller Aufschwung ist an und für sich natürlich etwas sehr Wünschenswerthes; aber der Aufschwung, den wir jetzt hinter uns haben, leidet an zwei Fehlern: einmal war er zu schnell, und dann zu ungleichmäßig. Während die Industrie einen gewaltigen Anlauf machte, konnte die Landwirthschaft nicht nur nicht folgen, sondern ging zurück. Die Nachtheile dieser ungleichmäßigen Entwickelung zeigen sich jetzt deutlich, nachdem die Fluth sich verlaufen hat, und die Ebbe eingetreten ist, in der Vertheilung der Arbeitskräfte. Zu gleicher Zeit leiden die Arbeiter in den großen Städten und industriellen Bezirken an Arbeitslosigkeit, und auf dem Lande fehlt es an Arbeitern. Wenn es möglich wäre, die überflüssigen Arbeiter aus den großen Städten auf das Land überzuführen, dann würde weiten Kreisen geholfen sein. Die Arbeiter würden Arbeit haben, und der Leutemangel auf dem Lande würde beseitigt sein.

Die Ueberproduktion mußte nothgedrungen über kurz oder lang zu einem Rückschlag führen. Allein die Krisis wäre weit ruhiger und gemäßigter verlaufen, wenn sie nicht verschärft worden wäre durch den Zusammenbruch mehrerer industriellen Institute, der einfach, sobald sich der erste Rückgang bemerkbar machte. Auch hierin sehen wir nur eine Wiederholung der Vorgänge im Anfang der siebziger Jahre. Die Bankinstitute haben an der nothwendigen Bewegung und Freiheit keinen Mangel gehabt. Daß sie zusammengebrochen sind, lag an dem Mangel wilder Geschäftsgebarens. Wenn man also jetzt von der Reform des Börsengesetzes und der Aktiengesetzgebung redet, müßte man meiner Ansicht nach in erster Linie daran denken, das weiß ebenso unwissende wie leichtgläubige große Publikum vor theils leichtsinniger, theils doloser Ausbeutung zu schützen. Wie lange die Depression noch anhalten wird, kann Niemand voraussehen. Es sprechen allerdings Anzeichen dafür, daß wir den tiefsten Punkt bereits überschritten haben. Wenn man aber auch noch so optimistisch sein wollte, so dürfte man ein Besserwerden unserer wirthschaftlichen Verhältnisse nicht dadurch diskutiren, daß man im nächsten Etat die Einnahmen übertrieben hoch ansetzt. Ich kann in dieser Beziehung nur den sehr eingehenden und sachgemäßen Ausführungen des Herrn Staatssekretärs beipflichten. Ich habe aus seiner Rede den Eindruck gewonnen, daß wenn es möglich